

# Die Konsensdemokratie im Leerlauf

Die österreichische Sozialpartnerschaft, einst ein europaweit gelobtes System der gesellschaftlichen und politischen Willensbildung, scheint ein Auslaufmodell geworden zu sein. Was einst ein Konsensverfahren zur Vermeidung offener politischer Konfrontationen war, ist heute über weite Strecken zahnlos.

**Arno Maierbrugger**

Für die Fans der österreichischen Sozialpartnerschaft bedeutet diese Form der politischen Willensbildung schlicht eine „Form des Dialoges“, einen informellen Weg des Interessenausgleichs im Rahmen der sozialen und politischen Kräfteverhältnisse. Ein wirksamer Weg, Konflikte zu vermeiden und den Ausgleich der Interessen vorparlamentarisch zu suchen, statt sie dem politischen Diskussionsprozess zu überlassen. Sozialpartnerschaft aber, so definiert sie der Politologe Emmerich Talos, beruht auf „äußerst anspruchsvollen Voraussetzungen, die in den hoch industrialisierten Ländern keineswegs die ‚Norm‘ darstellen“.

Diese Voraussetzungen sind nach wie vor das in Österreich überaus stark ausgeprägte Verbändesystem, gewissermaßen eine österreichische Form des Lobbyismus auf korporatistischer Ebene. Hier die Gewerkschaften, die Arbeiterkammern und die sozialdemokratischen Organisationen, dort die Industriellenvereinigung, die Wirtschafts- und die Landwirtschaftskammern.

## Informeller Charakter

Natürlich gibt es auch in anderen Ländern ausgeprägte sozialpartnerschaftliche Modelle, etwa in Deutschland, der Schweiz und Skandinavien. Aber nirgends ist so sehr der typisch österreichische, „informelle“ Charakter dieser Konsensfindung ausgeprägt. Die Definitionen von Kritikern reichen hier von „Mauschelei“ über „Proporzfabriken“, „Diskussionsabtötung“, „Macht ohne Transparenz“ bis hin zu „korporatistisches System“.

In der Tat ist an all diesen Vorwürfen etwas dran: Was für die einen die Basis für eine „Insel der Seligen“ seit Kreisky-Zeiten ist, bedeutet für andere ein längst überholtes Modell einer postständestaatlichen gesellschaftlichen Unkultur, in der über wesentliche, die gesamte Bevölkerung betreffende Grundlagen des sozialen



**Kammern und Interessenverbände suchen Antworten auf die neuen Umfeldbedingungen des Neo-Korporatismus. Ein Beispiel auf EU-Ebene dafür ist der „Europäische Sozialdialog“.** Foto: Photos.com

Systems hinter verschlossenen Türen, ohne tiefer gehende demokratische Kontrolle und ohne Einbeziehung legitimer Interessen von Randgruppen entschieden wird. Das war auch mit ein Grund, warum das sozialpartnerschaftliche Prinzip in den letzten Jahren aus den Reihen der Grünen, der Freiheitlichen und der Kommunisten unermüdlichen Angriffen ausgesetzt war. Von politischem „Kuhhandel“ war die Rede, von „amputierten Reformen“, „Kompromissanstalten“ und „Untergrabung des Klassenkampfes“, je nach politischer Attitüde.

Bedeutet dies, dass Sozialpartnerschaft im modernen Europa von heute wirklich am Ende ist? Eine Antwort auf diese Frage ist aufgrund der zunehmenden Komplexität politischer Willensbildung in der EU schwer zu finden. Verbände, Interessengruppen und politische Vorfeldorganisationen sind zunehmend durch professionelle Lobbygruppen ersetzt

worden. Viele politisch relevante Entscheidungen werden auf weit höherer Ebene als am grünen Tisch der österreichischen Kammerfunktionäre ausgehandelt.

## Am Ziel vorbei

War die österreichische Sozialpartnerschaft bis in die frühen 1990er Jahre hinein nach dem Urteil des Politologen Talos ein System „nahe dem korporatistischen Idealtypus“, so hat sich dieses System in den Jahren danach laufend verwässert. Der Wandel der Arbeitswelt und der individuellen Erwerbstypen quer durch weite Bevölkerungsschichten durch Globalisierung und Liberalisierung habe durchaus zu einer Erosion der Sozialpartnerschaft geführt, meint Talos. Geschwächte Arbeitnehmerorganisationen, die Verbreitung neuer Formen von Erwerbstätigkeit wie Kurz- und Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung, Scheinselbstständigkeit und Werkverträge gesellten

sich zum traditionellen Normalarbeitszeitverhältnis, also Umstrukturierungen im bewährten System, auf das die Sozialpartnerschaft mit ihren traditionellen Mechanismen kaum zu reagieren imstande ist. Die Interessen werden immer heterogener, als dass sie wie früher zwischen ein paar Verbandsgruppen zur beiderseitigen Zufriedenheit der politischen Welten ausgemacht werden könnten.

Während viele SPÖ-Politiker inklusive Ex-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer in diversen Ansprachen immer noch recht verklärt auf die Hochblüte der Sozialpartnerschaft zurückblicken, sehen es einige wenige durchaus nüchterner: In einer Zeitreise würde sich zeigen, dass der „viel bewunderte Mechanismus der Sozialpartnerschaft gestorben“ sei, stellte neulich Ex-Bundeskanzler Franz Vranitzky in einem Partei-Kolloquium fest. Die Gründe dafür würden in veränderten

politischen und ökonomischen Voraussetzungen zu finden sein. Für eine neue Form stünden die Europäisierung des Interessenvertretungswesens und die Frage der Kollektivverträge im Mittelpunkt, so Vranitzky. „Es wird sich ein sehr brauchbares Konzept ergeben“, gab er sich überzeugt, das „neue Varianten des Korporatismus schaffen werde, die sich dann als fähige Antworten auf Neoliberalismus und Neokonservatismus etablieren können.“

## Moderne Anforderungen

Im Klartext: Sozialpartnerschaft alten Schlages wird in Zukunft von „Neo-Korporatismus“ abgelöst werden. Diese etwas sperrige Bezeichnung will beschreiben, dass die freiwillige Einbindung frei gebildeter Interessenverbände in staatshoheitliche Aufgabenfelder den modernen Anforderungen von Konsensdemokratie entspricht. Beispiele für solche neuen Modelle auf EU-Ebene sind etwa der „Europäische Sozialdialog“, das deutsche „Bündnis für Arbeit“ und diverse Sozialpakete in den Mitgliedsländern. Die Deutschen bevorzugen allerdings die Bezeichnung „Konfliktpartnerschaft“ vor dem in Österreich lieber verfolgten Prinzip der „Konsenspartnerschaft“.

Die Sozialpartnerschaft müsse „schrumpfen, und sie muss sich vor allem europäisieren, weil österreichische Politik immer weniger in Österreich vermag“, sagt der Politologe Anton Pelinka. Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl (ÖVP) und Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) haben darauf eine eher diplomatisch unverbindliche Antwort: Die Sozialpartner seien „Manager des Wandels und Partner der Regierung“. Es wäre allerdings falsch, konzediert Hundstorfer, wenn sich die Sozialpartnerschaft „auf ihre 50-jährige Erfolgsgeschichte zurückziehen würde“. Deshalb gibt es auch Vorschläge, den Begriff „Sozialpartnerschaft“ endgültig einzusargen und ihn in „Zukunftspartnerschaft“ umzutau-  
fen.